

Neuer Verein schützt Afrikas Elefanten

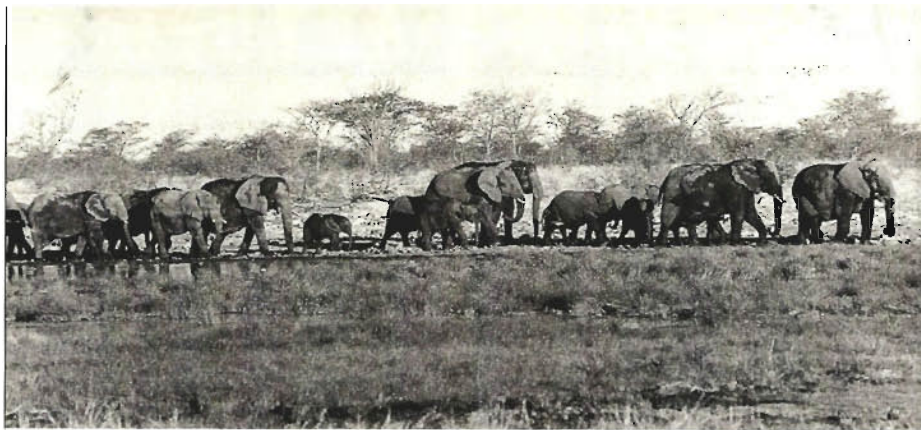
Die großen Menschheitsprobleme wie Blockpolitik, Energiewirtschaft, Arzneimittelsicherheit, Hunger, Müllbeseitigung, Verteidigungsbereitschaft, Ozonloch, Aids, Waldsterben, Freiheit, Weltverkehr, Arbeitslosigkeit sind in ihrer Komplexität unübersehbar geworden. Sie sind in verwirrender Weise miteinander vernetzt.

Man mag den fanatisch geführten Verdrängungswettbewerb auf den Listen der Dringlichkeit (zum Wandel) beklagen – er ist Realität. Infolge der unterschiedlichen Ausrichtung der Menschen engagiert sich der einzelne mit unterschiedlichem Elan für die jeweiligen Probleme. Daher ist es legitim, daß sich Gleichgesinnte zusammenschließen und für ihre Anliegen werben.

Und nun kommt ein neuer Verein daher, dem es nicht um die Bedrohung der Menschheit geht – sondern um Elefanten.

Die größte Landsäugetierart der Erde, der afrikanische Elefant, geht mit raumgreifenden Schritten seiner Ausrottung entgegen. Elefanten sind intelligent, sie führen ein inniges Familienleben, besitzen ein hochentwickeltes Sozialverhalten, und sie beeinflussen tiefgreifend die ökologischen Verhältnisse ihres Lebensraumes. Das macht sie für uns Menschen besonders gut verstehbar und so sympathisch. Das Phänomen der Ausrottung wird deshalb an ihnen in seiner ganzen Tragweite deutlicher als etwa an einem bedrohten Käfer. Die Gier des Menschen nach Elfenbein und der Landhunger nach dem Lebensraum der leisen Giganten entscheiden über ihre Ausrottung. Von einstmaligen vielen Millionen sind nur wenige Hunderttausend übrig geblieben. Das gnadenlose, grausame Abschlachten geht weiter.

Für Elfenbein gibt es in unserer hochzivilisierten Welt vollwertige Ersatzmaterialien. Tourismus holt aus dem vom Elefanten bewohnten Land für die armen afrikanischen



Die Etosha-Pfanne im Norden Namibias bildet mit ihrer gut geschützten Elefanten-Population eine Ausnahme unter den afrikanischen Naturreservaten Foto: Jan Kopeck/dpa

Bevölkerungen mehr Geld heraus als die effektivste Landwirtschaft aus den Grenzertragsböden der meisten Reservate. Der Totalverzicht auf Elfenbein könnte dem Elefanten das Überleben sichern. Das Washingtoner Artenschutzabkommen und andere Bestimmungen über das Verbot des Elfenbeinhandels sind dafür wichtig. Aber es ist schwierig, den Schmuggel zu verhindern oder den Endverbraucher zum Verzicht zu bewegen. Effektive Bekämpfung der Wilderei in Afrika ist daher derzeit ein wichtiges und auch überschaubares Mittel, die Ausrottung des Elefanten aufzuhalten. All dies kostet viel Geld. Aber es erfordert auch große Sachkenntnisse von der Biologie des Elefanten, der Beschaffenheit seiner Lebensräume und der

Psychologie der Wilderer und Zwischenhändler, um dies Geld an der richtigen Stelle effektiv einzusetzen.

● Ausgerottetsein liegt jenseits aller Reparationsmöglichkeiten! Liebe zum Elefanten oder die Einsicht, ihn vor der Ausrottung bewahren zu müssen, sind geradezu ein Imperativ, dem Verein *Rettet die Elefanten Afrikas e. V.* beizutreten. Er ist eine wichtige Lobby der Elefanten.

Das Spendenkonto des neuen Vereins: Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, Konto-Nr. 1 360 014 500, BLZ 200 101 11; Postfach 30 06 50, Bornheide 10e, 2000 Hamburg 53.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Horst Hagen
Strandredder 11a
2400 Lübeck-Travemünde

EG-Parlament fordert „Freigabe“ von Abtreibungen

Das Europa-Parlament in Straßburg hat eine weitere Freigabe freiwilliger Schwangerschaftsabbrüche gefordert. Alle Mitgliedsstaaten müßten zudem für eine „sichere, erschwingliche und allen Frauen zugängliche Abtreibungshilfe Sorge tragen“, heißt es in einer Resolution, die kürzlich gegen die Stimmen von Christdemokraten, Konservativen und Rechtsextremen verabschiedet wurde.

Nachdrücklich verurteilte die EG-Volksvertretung die Strafverfolgung von Frauen und Ärzten wegen freiwilliger Schwangerschaftsabbrüche in Ländern wie der Bundesrepublik, Spanien und Irland. Frauen in der gesamten Gemeinschaft müßten das Recht haben, über ihr Leben

selbst zu bestimmen: dazu gehöre auch das Recht, zwischen Elternschaft und Abbruch einer Schwangerschaft zu wählen.

Die Parlamentarier forderten zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut sowie Verbesserungen bei der Kinderbetreuung und beim Elternschaftsurlaub. Es müsse verhindert werden, daß Frauen durch Entscheidung für Kinder in ihrer gesellschaftlichen Entfaltung benachteiligt werden. Vertreter der Sozialisten und der Grünen im Straßburger Parlament erinnerten an das Schicksal Tausender von Kindern, die täglich mißhandelt oder an Hunger sterben würden. Zunächst käme es darauf an, deren Rechte zu wahren, betonten sie. afp